

Aktuelle Analyse:

Brasilien hat gewählt, aber den Weg ins 21. Jahrhundert bisher verfehlt

Dawid Danilo Bartelt

Berlin, Oktober 2014

Autor

Dawid Danilo Bartelt

ist Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro. Er wurde 1963 geboren, studierte in Bochum, Hamburg, Recife (Brasilien) und Berlin. Seit 2010 leitet er das Brasilienbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro. Zuvor war er acht Jahre Pressesprecher der deutschen Sektion von Amnesty International.

2

Dieses E-Paper enthält zwei Beiträge zu den Wahlen in Brasilien im Oktober 2014 für das Präsidentschaftsamt, die Abgeordneten des Kongresses und die Gouverneure und Gouverneurinnen der Bundesstaaten. Beide Beiträge wurden bereits auf www.boell.de/lateinamerika veröffentlicht. Der erste Artikel erschien zwischen den beiden Wahlgängen, der Kommentar nachdem die Bevölkerung am 26. Oktober Dilma Rousseff mit knapper Mehrheit das Mandat für eine zweite Amtszeit erteilte.

Inhalt

I. Der Sieg des alten Systems	3
II. Knapper Wahlsieg, zweifelhafte Zukunftsfähigkeit <i>Ein Kommentar</i>	9

I. Der Sieg des alten Systems

In Brasilien kommt es am 26. Oktober 2014 zu einer Stichwahl zwischen Amtsinhaberin Dilma Rousseff und Herausforderer Aécio Neves um das Präsidentenamt. Doch der eigentliche Sieger der Wahl steht schon fest.

Bei der Stichwahl um das Präsidentenamt in Brasilien am 26. Oktober 2014 stehen sich Amtsinhaberin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei PT und der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei PSDB, Aécio Neves, gegenüber. Und damit dieselben zwei Parteien, deren Konkurrenz die Bundespolitik seit 20 Jahren prägt. Doch der Gegensatz ist programmatisch geringer, als beide Seiten erscheinen lassen. Gewinner der Wahl ist das alte politische System, welches die Massenproteste vom Juni 2013 in Frage gestellt hatten. Die begleitenden Parlamentswahlen auf Bundes- und Landesebene bescheren dem Land für die nächsten vier Jahre eine ideologisch immer diffusere Parteienlandschaft; auf Bundesebene ist ein Rechtsrutsch zu befürchten.

Verlierin des ersten Durchgangs der Präsidentschaftswahlen vom 5. Oktober 2014 war die ehemalige Senatorin, Umweltministerin Marina Silva, die sich mit einem Dritten Weg zwischen PT und PSDB zu profilieren suchte. Zwar holte sie 21,3 Prozent und damit 2,5 Millionen Stimmen mehr als vor vier Jahren. Für jemanden, der sich politisch selbst ins Abseits manövriert hatte und nur durch den Tod des eigentlichen Präsidentschaftskandidaten ihrer Partei PSB am 13. August 2014 ins Rennen gelangte, ist das einerseits ein sehr gutes Ergebnis. Andererseits lag sie vier Wochen vor der Wahl in den Umfragen gleichauf mit Rousseff und deutlich vor Neves, und für eine Stichwahl sagten ihr die Wahlforscher zwischenzeitlich sogar einen Sieg über Rousseff vorher. Doch dann änderte die PT ihre Kampagne und begann, direkt auf Silva zu zielen. Mit dem Gewicht einer fast sechsfach höheren Sendezeit als alle anderen Kandidaten zusammen im Leitmedium Fernsehen sowie mit nicht immer fairen Mitteln demontierte sie eine schwach wirkende Kandidatin. Vor allem aber: Silvas Programm stach nicht.

Marina Silva: Neue Politik mit alten Inhalten und Personen

Silva versprach eine neue Politik, umgab sich aber mit alten Kräften. Die Erbin der größten Privatbank Itaú mag eine integre Person sein, aber sie im Wahlkampfteam zu platzieren ist das falsche Symbol – oder eben doch das richtige, wenn es gilt, dem Finanzsektor Wohlwollen zu signalisieren. Nicht ihr Netzwerk Nachhaltigkeit, das keine Wahlzulassung erhielt,

sondern die Agrobusinesspartei PSB sollte sie an die Präsidentschaft bringen. Zu möglichen Allianzen im Parlament entfuhr Marina Silva kein Wort, dabei war klar, dass an der größten der professionellen Klientelparteien PMDB kein Weg vorbeiführt ins Präsidentinnenamt. Auf der Hand lag auch, dass sie im Falle eines Einzugs in die Stichwahl mit der konservativeren PSDB paktieren würde. Gerade den jüngeren, überdurchschnittlich gebildeten städtischen Teil ihrer Wähler/innen, die bislang ihre Integrität, ihre zivilgesellschaftliche Orientierung und ihre umweltpolitischen Positionen geschätzt hatten, verunsicherte dies.

Die Verunsicherung wuchs in dem Maße, in dem Silva sich plötzlich für genverändertes Saatgut und Biosprit aus Zuckerrohr aussprach und das Agrobusiness hofierte. Auf Druck der Evangelikalen – Silva ist gläubige Pfingstlerin und aktiv in der Assembleia de Deus – machte sie drei Tage nach Veröffentlichung ihres Wahlprogramms beim Programmpunkt Ehe und Adoptionsrecht für Homosexuelle einen Rückzieher. Wirtschaftspolitisch gab sie sich liberal und unternehmerfreundlich. Doch hier ist Aécio Neves der bessere Konservative, er stammt aus der traditionellen Oberschicht und ist in den Wirtschaftseliten des Landes bestens vernetzt. Folgerichtig ist Silva nun für die Stichwahl eine Allianz mit Neves eingegangen.

Der Impuls der Juniproteste 2013 für einen Wandel ist absorbiert

Am 5. Oktober 2014 stimmten die Brasilianer/innen nicht nur über ihre Präsidentin ab, sondern wählten auch die Gouverneure der Bundesstaaten sowie die Parlamente im Bund und den Bundesstaaten. Sieger dieser Gesamtwahl ist das alte politische System, dem die Millionenproteste von 2013 die Legimitation und Zukunftsfähigkeit abgesprochen hatten. Die Proteste waren ein Ereignis von großer Eindrücklichkeit und geringer Nachhaltigkeit. Bis zu den Wahlen, 16 Monate später, trug der Impuls nicht. Zum Programm der Proteste gehörte, kein definiertes Programm zu haben und Institutionalisierungen wie Hierarchien abzulehnen. Damit ließen sie sich nicht auf Dauer fortführen. Schon vor und während der Fußball-Weltmeisterschaft waren die Proteste wieder auf das Maß der engagierten, aber kleinen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Gewerkschaften zurückgegangen, mit partikularen Anliegen. Im Wahlkampf verblassten die Juniproteste zur undeutlichen und nur noch leise bemühten Referenz, und dies selbst bei Marina Silva, die von allen Politiker/innen über ihr Netzwerk Nachhaltigkeit mit Abstand die besten Verbindungen zur Protestbewegung hatte.

Die PT hat in der abgelaufenen Periode mit 13 Parteien koalitiert. Nun hat sie von ihren 88 Mandaten 18 abgeben müssen, ist also auf noch mehr Zweckbündnisse angewiesen. Die PSDB hat sich auf 54 Mandate verbessert, ist aber mindestens ebenso auf ein großes Bündnis angewiesen, und zwar mit einer Auswahl aus den mittlerweile 28 im Abgeordneten-

haus vertretenen Parteien. Zweckbündnisse heißt: Die meisten dieser „Parteien“ existieren vorrangig zu dem Zweck, Mandate zu erringen als Pfand für ein einträgliches politisches Tauschsystem: Posten und Mittelzuweisungen gegen politisches Wohlverhalten.

Der Impuls der Massendemonstrationen vom Juni und Juli 2013 schlug sich in den Wahlergebnissen nicht nieder. Zwar sind landesweit rund 29 Prozent der Wähler und Wählerinnen entweder (trotz Wahlpflicht) nicht wählen gegangen, haben sich enthalten oder ungültig gewählt. Das ist ein Rekordwert; hier lässt sich das Protestpotential von 2013 am ehesten noch auffinden. Im Staat Rio de Janeiro entwerteten mehr Wähler/innen ihre Stimme als der zweitplatzierte Kandidat für den Gouverneursposten erhielt – eine klare Absage eines Teils der Wählerschaft an die dort besonders erlesene Auswahl der Immergleichen. Doch der Zweitplatzierte ist ein konservativer Pastor. Die großen Parteien bestätigten ihre Dominanz; die PMDB, deren Daseinsgrund seit jeher in der Allianz mit der Macht und dem größtmöglichen Vorteil daraus liegt, bleibt zweitstärkste Kraft im Bundesparlament.

Viele Beobachter/innen hatten die These vertreten, die Proteste offenbarten nicht nur eine Unzufriedenheit mit der Qualität staatlicher Dienstleistungen in Gesundheit, Bildung und Verkehr, sondern eine profunde Krise des Systems der politischen Repräsentation. Diese These scheint nicht aufzugehen – oder es waren eben doch „nur“ drei von 140 Millionen Wahlberechtigten, die da auf die Straße gegangen waren.

Annäherung der Gegensätze

Der vielbeschworene Gegensatz zwischen PT und PSDB ist keiner. Jedenfalls nicht programmatisch. Ähnlich wie in einigen europäischen Ländern, siedeln sich die beiden großen politischen Parteien links und rechts der politischen Mitte an, die die Wahlen entscheidet. Die Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores) ist die sozialdemokratische Partei Brasiliens, die Sozialdemokratische Partei Brasiliens (Partido Social Democrata Brasileiro) ist hingegen eher wirtschaftsliberal ausgerichtet. Doch beide vertreten dieselbe Wirtschaftsrahmenpolitik (Primärüberschuss, Inflationskontrolle, flottierende Wechselkurse) und in Grundzügen dieselbe Sozialpolitik.

Neves hat sich ausdrücklich zu den konditionierten Transferprogrammen für die Armen bekannt und will *Bolsa Família* sogar gesetzlich verankern, also einen Rechtsanspruch begründen – bisher ist es nur ein jederzeit revidierbares Regierungsprogramm. Letztlich war es auch seine Partei, die in den 1990er Jahren Vorläufer dieses Erfolgsprogramms auflegte. Eine Umweltpolitik haben beide nicht. Außenpolitik spielte im Wahlkampf keine Rolle; ein

Präsident Neves wird die Außenpolitik wie das Außenministerium zu „entideologisieren“ suchen, also die Partnerschaft mit Nachbarstaaten wie Venezuela und Bolivien und das Engagement in der UNASUR zurückfahren sowie den Mercosur von der Zollunion zur Freihandelszone umzubauen suchen, die dann endlich das Freihandelsabkommen mit der EU unter Dach und Fach brächte.

Unterschiede finden sich in der Rolle des Staates in der Wirtschaft: die PT betont sie, die PSDB will sie als wirtschaftsliberale Partei reduzieren und wieder mehr Staatsbetriebe privatisieren, auch die Petrobras. Groß inszeniert wurde im Wahlkampf der Streit über den Grad der Autonomie der Zentralbank: die PT will eine von ihr kontrollierte „autonome“ Zentralbank, PSDB und Silva wollen eine unabhängige, dem Zugriff der Regierung entzogene Regulierungsbehörde - die dann, so die Kritik der PT, vom Finanzkapital manipuliert werde.

6

Das Parlament rutscht nach rechts

Das politische System Brasiliens ist personalisiert; daher materialisieren sich radikalere Diskurse weniger in Parteien als in der Wahl radikaler Kandidat/innen. Der neue Kongress hat sich deutlich nach rechts bewegt. Ein gegen Homosexuelle pöbelnder Präsidentschaftskandidat Levy Fidelix mag wie eine Witzfigur erschienen sein. Doch Nachahmer seiner Art waren beängstigend erfolgreich. Zwar konnte Luciana Genro von der sozialistischen PSOL mit 1,55 Prozent als Vierte der Präsidentschaftswahl ein Achtungsergebnis erzielen; in den Debatten verteidigte sie insbesondere die Rechte sexueller Minderheiten sowie das Recht auf Schwangerschaftsabbruch – Lieblingsthemen der (evangelikalen) Rechten in Brasilien. Im Bundesstaat Rio de Janeiro erzielten sowohl der Menschenrechtsanwalt Marcelo Freixo als Landtagsabgeordneter als auch der Vorkämpfer für LGBT-Anliegen Jean Wyllys für das Bundesabgeordnetenhaus Spitzenergebnisse. Doch beide übertraf deutlich ein ehemaliger Militär mit Namen Jair Bolsonaro, der Homosexualität als Folge von Drogenkonsum ansieht, für die Todesstrafe eintritt und jeden Marihuanakonsum gern mit Prügelstrafen ahnden würde.

Die Zahl von Ex-Polizisten im Bundesparlament ist von 20 auf 55 gestiegen, die meisten fordern wie Präsidentschaftskandidat Neves, die Strafmündigkeit von 18 auf 16 Jahre herabzusetzen. Spitzenergebnisse erzielten auch offen homophobe und reaktionäre Politiker wie Celso Russomanno und Pastor Marco Feliciano in São Paulo oder Luiz Carlos Heinze aus Rio Grande do Sul, vereint im Kampf gegen Indigene, Schwule und Lesben. Feliciano gelang es, 2013 ausgerechnet zum Vorsitzenden der Menschenrechtskommission gewählt zu werden – ein besonders schönes Beispiel für die ideologischen Absurditäten bzw. Irrelevanzen,

die das politische Tauschwesen treibt: Felicianos Partei hatte nach dem Arrangement nämlich ein „Anrecht“ auf diesen Posten.

Auch die Zahl der Evangelikalen im Parlament ist weiter gestiegen; schon in der vorherigen Legislaturperiode zählten sie zusammen mit der interfraktionellen Gruppe des Agrobusiness zu den schlagkräftigsten Lobbygruppen im Parlament. Die Agrolobby hat ihr Gewicht deutlich erhöht und kann möglicherweise auf 257 der 513 Bundesabgeordneten zählen. Gestiegen ist auch die Zahl von Sprösslingen aus Politikerdynastien, die den Sprung ins Parlament geschafft haben. Auch das entspricht nicht gerade der Ablehnung herkömmlicher Repräsentation oder einer neuen Politik, die auf den Fahnen der Junidemonstranten stand. Die Zahl von Frauen im Parlament liegt weiter unter 10 Prozent, und dies, obwohl bei diesen Parlamentswahlen erstmals die gesetzliche Vorgabe von mindestens 30 Prozent Kandidatinnen im Ganzen erfüllt wurde.

7

Wechselstimmung

12 Jahre PT haben das Land verändert. Das Pro-Kopf-Einkommen ist deutlich gestiegen, ebenso die Zahl der Hochschulabschlüsse, die Währungsreserven; die Einkommensungleichheit ist gesunken, noch deutlicher die Zahl der extrem Armen und Hungernden. Unterstützt durch ein stabiles Wachstum in der ersten Dekade und in konsequenter Fortführung von Sozialprogrammen wie *Bolsa Família*, die die Vorgängerregierung unter Fernando Henrique Cardoso (genau: von der PSDB) eingeleitet hatte.

Dennoch wird es für Rousseff schwer werden zu gewinnen. Ihre Basis sind die Massen der ehemals Armen im Norden und Nordosten, die vor allem von den Zuwächsen des letzten Jahrzehnts profitierten. Doch das Wachstumsmodell stößt derzeit überall an seine Grenzen, und offenbar trauen viele der „Neuen Mittelklasse“ genannten *Ex-working poor* Rousseff nicht zu, das Erreichte zu sichern. In den bevölkerungsreichen Metropolen des Südens und Südwestens, São Paulo allen voran, hat entweder Neves die Nase vorn oder Marina Silva hat überdurchschnittlich viele Stimmen geholt. Nach zwölf Jahren PT-Regierung geht eine für Demokratien nicht untypische Wechselstimmung durch das Land, auch genährt von den zahlreichen Korruptionsgeschichten vor allem rund um ein zentrales Symbol brasilianischer Entwicklung, des Erdölgiganten Petrobras. Rousseff selbst hatte sich lange als Kämpferin gegen Korruption bewährt; allein sieben Mitglieder ihres Kabinetts entließ sie in ihrem ersten Amtsjahr nach Korruptionsvorwürfen. Doch nun hat sie die große Fehlleistung der PT eingeholt, die darin besteht, sich den anderen Parteien anverwandt zu haben. Natürlich ist die

PSDB keinen Deut weniger korrupt, hat es aber zuletzt besser vermocht, von den eigenen Korruptionsskandalen abzulenken.

Politik des „Weiter so“: vergangene Erfolge, wenig Zukunftsfähigkeit

Angesichts der unbestreitbaren Erfolge hat Präsidentin Rousseff das „Weiter so“ zum Programm gemacht – ein differenziertes Wahlprogramm hat die PT bis heute nicht veröffentlicht. Doch das Wirtschaftswachstum ist weggebrochen, die Inflation steigt, und wie lange die Arbeitslosenzahlen niedrig bleiben werden, ist unsicher. Auf die drei großen Themen der Proteste hat sie keine überzeugende Antwort: Das Gesundheitswesen, das trotz steigender Mittel die Menschen immer schlechter versorgt; die öffentlichen Grundschulbildung, die weder bildet noch qualifiziert, sondern allenfalls Nichtwissen verwaltet; und ein öffentliches Nahverkehrssystem in den Metropolen, das einer Menschenrechtsverletzung gleichkommt, so sehr zwingt es die Menschen, täglich unter unwürdigen Bedingungen Stunden an Lebenszeit zu verlieren, die sie für ihre Familien oder die Reproduktion ihrer Arbeitskraft dringend bräuchten.

In relevanten Bereichen vertut Brasilien derzeit seine Chance auf eine zukunftsfähige Politik bewusst und sucht wirtschafts- wie entwicklungspolitisch sein Heil eher im 19. als im 21. Jahrhundert: Rohstoff- und Agrarexporte bilden das Rückgrat der Exporte und finanzieren das Entwicklungsmodell. Die Energiematrix des Landes wird wieder fossiler, weil nach Dürren die Wasserkraftbasis schwächelt und die Öl- und Kohlekraftwerke befeuert werden. Auf eine systematische Förderung Erneuerbarer Energien wie Sonne und Windkraft wartet man bisher vergebens. Den Energiemix soll allein der Markt regeln, während der Staat die Großwasserkraft durchdrückt, auch gegen alle Vernunft, Umweltauflagen und Gerichtsurteile. Zu den „Erfolgen“ der PT-Regierung gehört auch die Verdoppelung der Automobilproduktion – Mittäter für das Immobilitätswesen in den großen Städten.

Etwa zwei Drittel von Silvas Wähler/innen werden für Neves stimmen; der progressiv denkende Teil zähneknirschend für Rousseff. Wahlentscheidend wird sein, wie sich die so genannte Klasse C oder Neue Mittelklasse verhält - und die große schweigende Minderheit der Nichtwähler/innen. Doch wer auch gewinnt, wird das alte System weiter bedienen - bedienen müssen. Denn er oder sie muss mit diesem konservativen Kongress regieren. Die PT verfügt über 13,6, die PSDB über 10,5 Prozent der Sitze. Da werden viele versorgt sein wollen.

II. Knapper Wahlsieg, zweifelhafte Zukunftsfähigkeit

Ein Kommentar

Amtsinhaberin Rousseff hat in Brasilien die Präsidentschaftswahlen knapp für sich entschieden. Die Politik der Armutsreduzierung scheint gesichert, doch einem Projekt für das 21. Jahrhundert fehlen entscheidende Elemente.

9

Im knappsten Präsidentschaftsrennen seit Ende der Diktatur 1985 hat Amtsinhaberin Dilma Rousseff ihren liberalen Gegenkandidaten Aécio Neves mit 51,64 gegen 48,36 Prozent und einem Vorsprung von rund drei Millionen Stimmen geschlagen. Im Wahlkampf und der Wahlnacht vielzitiert war das Wort vom „gespaltenen Land“. In der Tat ist eine geografische Teilung erkennbar, die sich sozialpolitisch übersetzen lässt. Rousseff gewann deutlich in den ärmeren Regionen der Nordhälfte des Landes. In den Bundesstaaten des Nordostens, wo 26 Prozent der Wahlberechtigten leben, gaben mehr als 71 Prozent Rousseff ihre Stimme.

Umgekehrt holte Neves im Finanz- und Wirtschaftszentrum São Paulo 64, in den Südstaaten knapp 59 und in den großen Agrobusinessstaaten des Mittelwestens 57 Prozent. Zwei mit wahlentscheidende Ausnahmen aber gab es von diesem Schema, und zwar in den bevölkerungsreichsten Bundesstaaten nach São Paulo: In Rio de Janeiro holte Rousseff fast zehn Prozent mehr als Neves. Und auch in Minas Gerais hatte sie die Nase knapp vorn. Das überraschte, denn Minas Gerais ist der Heimatstaat Neves', den er von 2003 bis 2010 regierte und hernach als Senator in Brasília vertreten hat. „Wer Neves kennt, wird Neves nicht wählen“, hatte die Arbeiterpartei PT skandiert und damit offenbar mehr überzeugt als der Ex-Landesvater, der immer wieder herausstrich, wie viel er als Gouverneur geleistet habe.

Im Nordosten hat die Politik der Reallohnsteigerungen und der extensiven Sozialprogramme in den letzten 12 Jahren Millionen aus der Armut geholt. Die ehemaligen working poor, gerne als „Neue Mittelklasse“ bezeichnet, haben sich offenbar mehrheitlich dafür entschieden, dass Rousseff geeigneter sei, das Erreichte zumindest zu sichern. Neben den Weiter-Armen bilden diese Ex-Armen – und nicht mehr die organisierten Industriearbeiter und die linken Mittelschichten – heute die Machtbasis der PT in der Bevölkerung. Dennoch war lange offen, wie sie sich entscheiden würden. Die PT hatte zuletzt immer wieder behauptet, Neves wolle Bolsa Família und ähnliche Sozialprogramme abschaffen, obwohl der Kandidat verzweifelt das Gegenteil versicherte. Auf der anderen Seite haben „die Wirtschaft“ und die alten Mittel-

schichten recht geschlossen gegen die PT gestimmt. Das Wahlergebnis zeigt also auch an, dass Brasilien nach wie vor ein sozial sehr ungleiches Land ist.

Negative Gemeinsamkeit: Kein Projekt für das 21. Jahrhundert

Insgesamt darf man aber die Analyse von der Polarisierung nicht überbewerten. Die Politik der letzten 12 Jahre war zu keinem Zeitpunkt wirtschaftsfeindlich. Es gibt einen Konsens über Grundlinien des Entwicklungsmodells. Daraus resultiert eine negative Gemeinsamkeit, die notwendig unsichtbar blieb. Denn ein Projekt für das 21. Jahrhundert war nicht einmal in Ansätzen erkennbar. Die soziale Frage zu lösen, Armut und Ungleichheit zur Unkenntlichkeit zu bringen, ist eine Bringschuld des 20. Jahrhunderts; die PT hat recht daran getan, sie zur Priorität zu machen und hat dafür noch einmal einen Wählerauftrag erhalten.

10

Es gilt nun, diese neuen Schichten nicht nur wie bisher über den Konsum (mit nachfolgender Privatverschuldung) zu integrieren. Sie brauchen gute Ausbildung in einem leistungsfähigen öffentlichen Bildungswesen, eine staatliche Gesundheitsversorgung, die sie auch tatsächlich versorgt und Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Sektoren jenseits Wirtschaft des fossilen Ressourcenverbrauchs. Nur so können sie krisenfest(er) werden, wenn das traditionelle Wirtschaftswachstum wegbricht wie in den letzten drei Jahren. Und genau das hatten die Massenproteste von Mitte 2013 eingefordert.

Das praktizierte Entwicklungsmodell hingegen ist unnötig und gefährlich zerstörerisch. Unnötig, weil Alternativen bestehen, und zerstörerisch - für die Umwelt und für die Rechtegarantie und den sozialen Fortschritt von Minderheiten; diese Rechte sind ja eine Errungenschaft des 20. Jahrhunderts, die das 21. erst noch umsetzen muss.

In den Wochen des Wahlkampfes herrschte in vielen Teilen des Landes mit den meisten Süßwasserreserven akuter Wassermangel. Dennoch: Umweltpolitik hat im Wahlkampf keine Rolle gespielt. Im Klimaschutz hat die Regierung der PT seit 2002 Erfolge erzielt, die Zunahme der Entwaldung – wichtigste Ursache für die hohen CO₂-Emissionen Brasiliens – deutlich verlangsamt, ist freiwillige Selbstverpflichtungen für CO₂-Reduzierungen eingegangen. Auf der anderen Seite ist nicht nur die Entwaldung des amazonischen Regenwaldes zuletzt wieder deutlich angestiegen, rund 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Entwicklungspolitik der Regierung hat erhebliche ökologische und soziale Kosten, die die Regierung bewusst in Kauf nimmt.

Die mit hohen staatlichen Krediten unterstützten Großprojekte, insbesondere die großen Wasserkraftwerke, sind nicht nur fragwürdig aus Sicht einer Energiepolitik, die die Energieformen des 21. Jahrhunderts, Sonne und Wind vor allem, immer noch zu wenig berücksichtigt. Diese Megaprojekte sind ökologisch verheerend und für die Anwohner/innen existenzbedrohend. Hinzu kommt: Immer intensiver werden Minerale im Land abgebaut. Nach ihrem Wahlsieg wird die Regierung Rousseff nun ein Gesetz durchzubringen suchen, das den Bergbau in indigenen Schutzgebieten erlaubt. Proteste und sogar Selbsttötungen von Indigenen im Land nehmen zu; sie nehmen wahr, dass ihnen im Namen der „Entwicklung“ die Rechtsgarantien und die Lebensgrundlagen genommen werden soll, die ihnen die Verfassung von 1988 historisch überfällig zugesprochen hatte.

Auch Neves hätte die Ausbeutung der Tiefsee-Erdölfelder vor der brasilianischen Küste forciert, wie Rousseff es tut und tun wird. Das Agrobusiness ist neben dem nach China verschifften Eisenerz eine Stütze der Exportüberschüsse und wird weitere Flächen übernehmen, um flächendeckend Gensoja, Genmais, Zuckerrohr für Agrosprit oder Eukalyptus in Monokultur anzubauen. Seine Machtbasis im Parlament ist weiter gewachsen.

Zähneknirschende Unterstützung der Zivilgesellschaft

Die betroffenen Menschen leben nicht nur in Regionen, die die Regierung als peripher betrachtet. In einer Politik, die auf die städtischen Massen ausgerichtet ist, fallen sie schlicht durch das Zielgruppenraster, sind nicht „relevant“. Aber auch in den Städten fehlt die Zukunftsfähigkeit: Ohne eine neue, zivile und nichtkorrupte Polizei werden Drogenhandel und Mordraten nicht zurückgehen. Für ein völlig überlastetes, weitgehend privatisiertes und vielfach korruptes Nahverkehrswesen der Millionenstädte fehlt die Initiative auf adäquate Lösungen. Das alte Versprechen, die übel verseuchte Bucht von Rio de Janeiro bis zu den Olympischen Spielen 2016 wieder ins Leben und ins ökologische Lot zu bringen, wird nicht eingelöst werden. Bei den olympischen Wettbewerben 2016 müssen die Ruderinnen und Segler Acht geben, nicht ins Wasser zu fallen.

Schließlich: Gesellschaftspolitisch haben die Uhren im Land zuletzt zurückgedreht: Nahezu täglich sterben Frauen an verpuschten Abtreibungen, während die weiter erstarkte religiös-konservative Fraktion im Parlament alle Reformen blockiert und sich zusätzlich im Kreuzzug gegen Schwule und Lesben sieht. 338 Homosexuelle starben nach Aktivist/innenangaben 2013 gewaltsam. Der Frauenanteil an Entscheidungspositionen in Politik und Wirtschaft ist sehr gering und wächst nur ganz langsam.

Die Politikerin Rousseff persönlich will an all diesem durchaus etwas ändern, der Kongress, mit dem sie regieren muss, wird dies nicht zulassen. Rousseff hat in der Wahlnacht politischen Reformbedarf markiert und – wenn auch eher halbherzig – der Opposition ein Bündnis angeboten. Sie steht aber auch in der Schuld vieler auf einer anderen Seite der Politik: Denn angesichts der Möglichkeit eines „neoliberalen“ Wahlsiegers hat in der letzten Phase des Wahlkampfes nicht nur die PT ihre Mitglieder in den Straßenwahlkampf geschickt. Für Rousseff mobilisierten in persönlichem Einsatz auch Aktivist/innen der PT-Abspaltung PSOL sowie soziale Bewegungen, Netzwerke und Organisationen der Zivilgesellschaft. Viele von ihnen fühlten sich vor 2002 dem Erneuerungsprojekt der PT zugehörig und wandten sich in den Folgejahren enttäuscht von der Realpolitik und der Wandlung der PT zu einer Klientelpartei ab. Nun aber haben sie aktiv geholfen, Dilma an der Macht zu halten. Die neue Regierung tut gut daran, die Zivilgesellschaft und ihre Anregungen für eine Politik des 21. Jahrhunderts anzuhören und sie an einem reformierten politischen System und einer neuen Politikkonzeption zu beteiligen.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8, D-10117 Berlin

Redaktion: Petra Tapia, Julia Ziesche

Lateinamerikareferat

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: 30. Oktober 2014

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons Lizenz. (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- **Namensnennung** – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- **Keine kommerzielle Nutzung** - Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- **Keine Bearbeitung** - Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers: internetredaktion@boell.de

ausführlicher Lizenzvertrag unter: <http://creativecommons.org>